

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes

der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie  
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint Sonnabends.  
Abonnementpreis 75 Pfennig  
pro Quartal exkl. Postgebühren.  
Bestellungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Leupoldstraße 30, Stuttgart.

Inserate  
pro Spaltige Petitzeile 20 Pf.,  
für Verbandsangehörige 10 Pf.  
Privatanzeigen ist der Betrag in  
Briefmarken beizufügen, andern-  
falls der Abdruck unterbleibt.

Nr 27.

Stuttgart, den 8. Juli 1899.

15. Jahrgang

**Verbandsmitglieder! Sorgt unablässig dem Verband neue Mitglieder zuzuführen.**

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Wir machen auf den Buchbinder Rudolf Salzmann aus Feldkirch (Oesterreich) aufmerksam. Derselbe hat unbefugt Unterstützung im Betrage von 20 Mk. an den Verbandszahlstellen erhoben und dann in Spremberg 13 Wochen in Arbeit gestanden, ohne sich als Mitglied anzumelden und Beiträge zu entrichten. Das in dessen Besitz befindliche Mitgliedsbuch ist ihm bei Vorzeigen abzunehmen und nach hier einzusenden.

Der Verbandsvorstand.  
S. A. A. Dietrich.

## Eine vernichtende Niederlage

hat in viertägiger heißer Redeschlacht, wie unsere Leser bereits wissen, die Reichsregierung mit ihrer Vorlage zum Schutze der Arbeitswilligen erlitten, indem der Reichstag das Nachwort nicht einmal einer Kommissionsberatung würdigte (ein Vergräbnis erster Güte, das selbst der seltsamen Umsturzvorlage nicht versagt worden war), sondern ohne solche Schönheitsreparatur der zweiten Lesung überließerte. Da die Kommissionsberatung von den kompromißlustigen Konservativen, Reichsparteilern und Antisemiten gefordert wurde, um die gänzliche Ablehnung zu verhüten, so bedeutet der Reichstagsbeschluss vom 22. Juni im Prinzip bereits eine Ablehnung der Zucht hausvorlage, und die letztere wäre zur vollendeten That geworden, wenn nicht das Zentrum auf eines seiner bekannten Schau- spielerkunststücke, ein neues Koalitionschutz- gesetz auszuarbeiten, verfallen wäre und dafür Zeit gewinnen wollte, wahrscheinlich, um unterdes mit der Regierung irgend einen Kompromiß zwecks Irre- leitung der katholischen und Entrechtung der klassen- bewussten Arbeiterschaft anzubringen. Deshalb wurde die zweite Lesung bis zum Herbst vertagt. Die Arbeiterklasse wird aber diese Zeit nicht ungenützt verstreichen lassen, sondern ihre energische Agitation fortsetzen und die Volkstiefe bis in ihre tiefsten Tiefen aufwühlen, um die etwa kompromißlustigen Rechtskämpfer zu einer entschiedenen Verwerfung jeder geringsten Verschlechterung zu zwingen.

Die große Zucht hausgesetzdebatte begann am 19. Juni mit einer Erklärung des Reichskanzlers, wonach das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht im Mindesten beschränkt werden solle. Diese Ver- sicherung erregte einen wahren Heiterkeitssturm, ebenso die folgende, daß besondere Schwierigkeiten an der verspäteten Einbringung der Vorlage die Schuld trugen. Die eigentliche Verteidigung des Entwurfs übernahm der Sprechminister Posadowsky, der den Gipfel der Arbeiterfreundlichkeit darzustellen glaubte, indem er erklärte, daß die Koalitionsfreiheit im wirtschaftlichen Interesse sogar höchst notwendig sei. Wahrscheinlich meinte er aber die Koalitions-

freiheit und das Interesse der Unternehmer, denn seine Debatte vom Koalitionsrecht der Arbeiter verflüchtigte das letztere zu einem blassen Schemen, da er einfach alle Mittel zur Durchführung desselben als terroristisch bestrafen wollte. Namentlich war ihm das in Folge der industriellen Entwicklung und Benützung des allgemeinen Wahlrechts gesteigerte Selbstbewußtsein der Arbeiter entgegen; es verleitete diese zur Beanspruchung einer Macht, die mit den Interessen der übrigen Bevölkerung und mit der Staatsordnung absolut unvereinbar sei. Sein Versuch, aus der Vorlage die paritätische Behandlung der Arbeitgeber und Arbeiter darzulegen, mißglückte vollstän- dig, da der Widerspruch zwischen papierner Rechtsgleich- heit und differentieller Rechtsprechung gerade zu offen- kundig ist. Das Postensitzen erschien dem Grafen als eine Art Belagerungszustand gegen Be- triebe und Arbeitswillige, wobei er jedoch übersah, daß der Belagerungszustand, dem die Gewerkschaften durch die ständige Polizeiaufsicht ausgesetzt sind, zehnmal schlimmer ist. Unter den Begriff der all- gemeinen Gefahr (§ 8) werde ein Streik bei einem einzelnen Industriellen niemals fallen. Die „sozial- demokratische“ Koalitionsfreiheit sei ein Januskopf, der auf der einen Seite die Jüge der Freiheit, auf der andern die des absoluten Zwangs trage. Mit gehobener Stimme schilberte er dann die Krieg- führung der Arbeiterbewegung, deren Strategie er jedenfalls bloß aus der Bauarbeitgeberpetition be- griffen hat, da er ergößlicher Weise fortwährend Partei und Gewerkschaften kunterbunt vermengte. Sein Schlussheft, ein Appell an ein starkes, mutiges Bürgerthum, fiel gänzlich ab; man hatte denn doch auf einen neuen Knalleffekt gerechnet.

Die erste Sitzung wurde durch eine zweistündige Antwort Bebel's, häufig von stürmischem Beifall unterbrochen, angefüllt, die die Zucht hausvorlage grausam zerstückte. Es handelte sich um ein ver- ständes Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie, das aber wirkungslos bleiben werde und eigentlich heißen müsse: „Gesetz zur Agitation und zum Vor- teil für die Sozialdemokratie.“ Seine Straf- bestimmungen seien vor Allem gegen die Arbeiter gerichtet, obwohl deren Koalitionsrecht schon durch den § 153 und dessen Anwendung in jeder Weise getrübt sei. Die Rechtsprechung werde stets zwischen Unternehmer und Arbeiter zu unterscheiden wissen. Mit kritischer Schärfe stellte er den dra- konischen Koalitionsbestrafungen von Arbeitern die Milde der Gerichte gegen die Rohheiten der Streik- brecher und gegen die Arbeiterschutzegehen der Un- ternehmer gegenüber, wofür er zahlreiche Fälle aus der Denkschrift der Generalkommission zum Beweise anführte. Sehr übel kam bei ihm die offizielle Regierungsdenkschrift zur Begründung der Vorlage weg, indem er ihren polizeilich-tendenzidien und viel- fach unwarhren Inhalt angriff und besonders die völlig unrichtig aufgebaute Statistik festnagelte. Am Schlusse seiner Ausführungen warnte Bebel die

bürgerlichen Vertreter vor der trügerischen Hoffnung, daß durch eine Vertagung der Vorlage eine kompromiß- günstige Stimmung im Volke gefördert werde. Die Sozialdemokratie werde die Zwischenzeit gehörig zur Agitation ausnützen. Das Beste sei, den Entwurf ohne Kommissionsberatung in sofortiger zweiter Lesung in den Papierkorb zu befördern, wohin er gehöre. Werde diese oder eine ähnliche Vorlage Gesetz, so gereiche dies Deutschland zur Schande und Schmach!

Am zweiten Tag erklärten die Konservativen (Herr v. Bebekow) ihre Sympathien für die Zucht- hausvorlage, doch verlangten sie eine Kommissions- beratung. Der folgende Redner, Dr. Bieker, ver- dard aber Regierung und Konservativen gründlich die Spekulation, indem er die Ablehnung des Zen- trums gegen jede Kommissionsberatung überbrachte. Mit ungewohnter Schärfe griff er den Entwurf an, dessen Unterdrückungstendenz im Gegensatz zu dem Verlangen der Arbeiter nach Koalitionschutz stehe, und bei der Charakterisierung der heutigen Rechts- sprechung gegen Arbeiter zog er sich seitens seines präsidirenden Fraktionsgenossen einen Ordnungsruf zu, weil er den Richtern „himmelschreiende Partei- lichkeit“ vorwarf. Seine Erklärung, daß das Zen- trum einen neuen Entwurf zum Schutze des Ko- alitionsrechts auszuarbeiten werde, erwidert indes die Befürchtung, daß es dabei ohne reaktionäre Kompen- sationen nicht abgehen wird. Es wäre nicht das erste Mal, daß das „freiheitsliebende“ Zentrum der Regierung „Hausfreierdienste“ leistet. Ebenso scharf war die Abgabe des nationalliberalen Abg. Wasser- mann Namens der Mehrheit seiner Partei, die eine Kommissionsberatung ablehne. Dieser befürchtete von der Vorlage eine Schwächung des monarchischen Gefühls der Arbeiter und eine Stärkung der So- zialdemokratie. Weit mächtiger als die Arbeiter- feien die Arbeitgeberorganisationen, die die Arbeiter in Massen ansperren und die kleinen Unternehmer terrorisieren. In den Baugewerken, die den ersten Ruf nach Verschärfungen erhoben, seien auch die meisten Unternehmerrüchre anzutreffen. Das Lübbauer Urtheil bezeichnet der Redner als geradezu unge- heuerlich, er theilt die Empfindung vieler, daß bei solchen Verhandlungen das Standesgefühl der Ge- schworenen deren Unparteilichkeit beeinträchtige. Der sog. Agitatorenparagraf (§ 3) bedrohe eben- sogleich, wie Arbeitersekretäre, auch die Generalsekretäre der Unternehmerverbände, und wenn der Ent- wurf Gesetz werde, so sei es leicht, gegen gewisse Generalsekretäre des Zentralverbandes der Indus- triellen eine Anklage zu formulieren. Ein Theil der Nationalliberalen billigte indes die sozialreformerische Taktik der Wassermann-Geyl nicht, sondern erklärte sich für die Kommissionsverweisung.

In Vertretung des durch Krankheit behinderten König Stimm begrüßte der Silberfreund Vrendt in der Vorlage ein Stück Ausnahmengesetz und erging sich in allgemeinen Nebensarten gegen die Sozial-











den jetzt massenhaft auftauchenden Zuschußklassen wart. Kollege Dietrich empfahl den Kollegen, nur solchen Zuschußklassen beizutreten, welche von Arbeiterorganisationen ins Leben gerufen und von organisierten Arbeitern verwaltet würden.

München. Unter Leitung des ersten Obermeisters Herrn Mais fand am Samstag 1. Juli im Café Dall'Armit, 1. Stock, die Wahl zum Gesellenausschuß der Zwangsgewerkschaft München statt. ...

Aus Loyalitätsrückgründen wurden bei Aufstellung der Kandidaten auch „Nichtorganisierte“ auf die Liste gesetzt, von welchen wir die Ueberzeugung hatten, daß sie unserer Bewegung nicht feindlich gegenüber stehen. ...

Nach Schluß der Wahlhandlung richtete Kollege Wilbenauer an die anwesenden Nichtverbandskollegen die Aufforderung, sich in den Verband aufzunehmen. ...

Kaufbeuren. Am 24. Juni feierten wir unser erstes Stiftungsfest. Das reichhaltige Programm befriedigte die Ansprüche und Erwartungen der zahlreich erschienenen Gäste in vollstem Maße. ...

Aus Danzig hat Herr Buchbindermeister Georg Hertel eine Erwiderung auf das Eingefandt von H. Soetebeer in der Nummer 25 der „Buchbinder-Zeitung“ der Redaktion zugehen lassen. ...

den ganzen Tag in der Werkstube auf, hinfällig. Nicht wahr ist es, daß er (Herr E.) einen Gehilfen zum Leichenwaschen herangezogen habe, sondern es habe sich aus eigenem Antriebe ein damals bei ihm beschäftigter Gehilfe (mossaischen Glaubens) hierzu selber angeboten. ...

Eingefandt.

Wald bei Solingen. In der Korrespondenz aus Solingen in der Nummer 25 unseres Verbandsorgans ist der Lohn der Kollegen bei der Firma F. W. Vossen & Söhne auf 20 bis 25 Mt. angegeben. ...

Zweifel muß man jedoch in diese Angabe setzen, denn schon seit Jahren wurden bei der genannten Firma die in der Nummer 21 der „Buchbinder-Zeitung“ gerügten Verhältnisse gepflegt. ...

Zu den Berichten aus Wald in Nummer 21 und aus Solingen in den Nummern 22 und 25 der „Buchbinderzeitung“ fühle ich mich veranlaßt, einiges zu bemerken. Ueber den Lohn bei der Firma Vossen & Söhne in Wald läßt sich, wie Kollege W. A. in der Nummer 21 bemerkte, nicht viel sagen, jedoch habe ich einen ganz bedeutenden Uebelstand dort gefunden und zwar: Der Schmutz war in dieser Buchbinderei so groß, daß ich mit dem festen Vorsatze, es nur versuchsweise zu wagen, Mittags zu arbeiten angefangen habe. ...

Charakteristisch ist es aber noch, daß, als ich auf Befragen, warum ich weg wollte, antwortete: In solcher Unreinlichkeit hätte ich noch nicht gearbeitet und der Prinzipal möchte sich doch mal den Eintritt und den Wasserstein ansehen, mir die Antwort zu theil ward, das hätte ihnen noch keiner gesagt. ...

Verbands-Versammlungs-Kalender.

Table with 4 columns: Ort, Lokal, Versammlungstag, Beginn. Lists various locations and dates for union meetings across different cities like München, Kaufbeuren, Danzig, etc.

Die öffentlichen Versammlungen in Leipzig werden eine Woche vorher in der „Buchbinder-Zeitung“ und einen Tag vorher in der „Leipziger Volkszeitung“ bekannt gegeben. ...

